

Zukunftsagenda statt Vergangenheitsfixierung

I.

Wie erhalten wir in Zukunft unseren Wohlstand? Wie finanzieren wir unseren Sozialstaat? Wie machen wir unseren Arbeitsmarkt fit für **Digitalisierung, demographischem Wandel und Globalisierung**? Das sind die **Zukunftsfragen unserer Gesellschaft**.

Auf diese Fragen gibt es im Deutschen Bundestag gegenwärtig keine Antworten. Die Union ist in den Status Quo verliert und verliert sich im tagespolitischen Klein-Klein. Und die SPD **arbeitet sich** unter Martin Schulz **an einer Agenda ab, die das Jahr 2010 im Namen trägt**. Auch und gerade diesem Reformwerk verdanken wir in Deutschland unsere heutige wirtschaftliche Stärke. Doch bereits in den vergangenen Jahren wurde die gute konjunkturelle Lage durch die Große Koalition zur **Verteilung unsolider Wahlgewinne** gerade in der Rentenpolitik missbraucht und flexible Instrumente am Arbeitsmarkt über Gebühr reguliert. Martin Schulz will nun noch längeres Arbeitslosengeld, schärfere Regeln für befristete Beschäftigungen, einen höheren Rentenbeitragssatz und **mehr Umverteilung** durch höhere Steuern für viele Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen.

Dabei eilt der Staat Jahr für Jahr zu noch höheren Rekordeinnahmen. Und auch **alle arbeitsmarktpolitische Erfahrung und Forschung spricht gegen diesen Kurs**. Längeres Arbeitslosengeld führt zu längerer Arbeitslosigkeit oder zu Frühverrentung – ein fatales Signal, gerade vor dem Hintergrund der beeindruckenden Erfolge bei der Beschäftigung Älterer in den letzten Jahren. Die Möglichkeit befristeter Beschäftigung korrespondiert zudem mit dem speziellen deutschen Kündigungsschutz. Hieran zu rütteln, würde im nächsten Abschwung die Chancen der Arbeitsuchenden massiv gefährden. Flexibilität am Arbeitsmarkt schafft nicht nur Möglichkeiten zum Einstieg, sondern reduziert auch Arbeitsplatzverluste in Krisen. Zudem zeigt die Statistik: Von allen befristet Vollzeitbeschäftigten eines Jahrgangs haben fünf Jahre später nur noch 15 Prozent einen befristeten Vertrag. Jeder Zweite wird von dem Unternehmen, in dem er ein befristetes Beschäftigungsverhältnis begonnen hat, in ein unbefristetes übernommen.

II.

Schlimmer als die konkreten Sachvorschläge der SPD ist aber die Vergangenheitsorientierung, die sie damit offenbart. **Statt Reformen rückabzuwickeln, sollten wir uns durch eine neue Zukunftsagenda fit machen für die moderne Arbeitswelt**.

Denn die **Digitalisierung** ist längst in unserem Alltag angekommen – und wird auch die Arbeitswelt massiv verändern. Märkte werden sich wandeln. Manche Branchen werden an Relevanz gewinnen, andere an Relevanz verlieren. Wie bei den großen Umbrüchen der Vergangenheit **wird uns auch in Zukunft die Arbeit nicht ausgehen**. Aber zahlreiche Arbeitsplätze werden sich verändern, manche wird es vielleicht gar nicht mehr geben. Genauso werden aber viele neue Jobs entstehen, die wir uns heute noch gar nicht vorstellen können.

Auch die **Beschäftigungsperspektiven werden sich verändern**: die Trennung zwischen Arbeit und Freizeit nimmt einem keine Stechuhr mehr ab, die Freiheit zu entscheiden was, wann und von wo man arbeitet, nimmt zu. Auf der anderen Seite verlieren vorgefertigte Lebensläufe an Bedeutung, die Entscheidung eine konkrete berufliche Aufgabe bestimmt immer seltener einen ganzen Lebensweg und die Möglichkeiten zu flexiblen Wechseln zwischen Anstellung, Selbstständigkeit und Unternehmertum werden mehr. In den Debatten der Gegenwart sind diese Umwälzungen jedoch noch nicht angekommen. "Angestellt, Vollzeit, unbefristet" – diese vermeintliche „Norm“ ist bis heute prägend. Im Wandel müssen die Menschen zudem durch gute Rahmenbedingungen und Qualifizierung begleitet werden, denn **der Weiterbildungsbedarf ist und wird gewaltig sein**.

Hinzu kommt der **demographische Wandel**: Fragen der Alterssicherung werden immer konkreter, Belegschaften immer älter – und in manchen Regionen haben Betriebe schon heute Schwierigkeiten, qualifizierte Fachkräfte zu finden. Zumal Unternehmen nicht mehr nur regional konkurrieren, sondern sich der internationalen Konkurrenz stellen müssen. Der Wettbewerb um Talente und junge, hochqualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist längst im Gange.

Und auch Chancen für die Mitte der Gesellschaft, sich etwas aufzubauen und Eigentum zu schaffen, müssen verbessert werden. Zudem könnten für einen verhärteten Kern von Langzeitarbeitslosen noch nicht ausrei-

chend Einstiegs- und Aufstiegschancen geschaffen werden. Beides müssen wir ändern – denn sonst verliert das **Aufstiegsversprechen der sozialen Marktwirtschaft** an Strahlkraft.

III.

Wir Freien Demokraten wollen das ändern. Folgende **zehn Punkte** müssten aus unserer Sicht zentrale Bestandteile einer **Zukunfts-Agenda** für den Arbeitsmarkt sein:

1) Wir brauchen endlich wieder **beste Bildung und zwar von der Kita an** – deren Flexibilität überall endlich auch zum Berufsleben der Eltern passen muss. Hier gilt: Der Ausbau von Qualität hat zeitlichen Vorrang vor der Beitragsfreiheit. In der Schule wollen wir kleinere Klassen, mehr Lehrer und zusätzliche Praxis-Lehrer, Freiheit und Autonomie für die einzelne Schule für ihr pädagogischen Modell sowie finanzielle Unterstützung und Koordination durch den Bund – denn **Bildung ist eine nationale Aufgabe**. Zudem wollen wir „Turnaround-Schulen“ als Leuchttürme für Chancengerechtigkeit gerade in die sozial schwächsten und kinderreichsten Stadtteile bringen. Hinzukommen müssen als Schlüsselqualifikationen ab der ersten Klasse **digitales Lernen und IT-Grundlagen** – unter anderem im Rahmen eines neu einzuführenden Pflichtfachs Informatik. Auch im Studium brauchen wir eine Qualitätsoffensive – inklusive der Möglichkeit für die Unis, nachgelagerte Studienbeiträge zu erheben, sofern diese für bessere Bedingungen sorgen und abhängig vom späteren Einkommen zurückbezahlt werden können. Über eine Steigerung der Angebote im Teilzeit- und Fernstudienbereich sowie online verfügbarer Lerninhalte sollen die Möglichkeiten der Digitalisierung und Flexibilisierung auch in der Hochschule vorangetrieben werden.

2) Wir brauchen das **Versprechen an alle Bürgerinnen und Bürger, beim digitalen Wandel auch mithalten zu können**. Deshalb muss lebenslanges Lernen noch stärker vom Schlagwort zur gelebten Realität werden. So können Aufstiegschancen verbessert und das Risiko von Arbeitslosigkeit vermieden werden.

- Immer mehr Betriebe unterstützen die Weiterbildung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – aber für 2/3 der Beschäftigten bleibt hier noch viel zu tun. Deshalb muss auch die Arbeitsmarktpolitik die **Weiterbildung von Beschäftigten** stärker unterstützen. Diese wird von allen Beschäftigten und Arbeitgebern über Beiträge finanziert, daher sollten sinnvolle Weiterbildungsmaßnahmen grundsätzlich auch für alle Betriebe mit maximal 50% gefördert werden können – unbürokratisch, bedarfsgerecht und am Markt orientiert. Wir wollen nicht mehr Geld ausgeben, sondern bei jedem Euro fragen, ob er nicht besser in Qualifikation als in Transferzahlungen investiert werden kann.
- Um alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig von ihrer Beschäftigung fortlaufend bei Investitionen in ihre eigene Weiterbildung zu unterstützen, muss darüber hinaus ähnlich dem Bausparen ein einfaches und unbürokratisches Modell für **Bildungssparen** steuerlich gefördert werden.
- Falls es zu einer Arbeitslosigkeit kommt, muss immer das Ziel sein, schnellstmöglich wieder den Einstieg in einen Job zu finden. Und wenn es aufgrund der persönlichen Situation sinnvoll ist, die Arbeitslosigkeit als Gelegenheit zur besseren **Qualifikation** zu nutzen, ist das richtig – und heute mit dem ‚Arbeitslosengeld Weiterbildung‘ auch schon vollständig möglich. Notwendig ist es, künftig einfacher auch Grundfertigkeiten unserer Zeit (IT-Grundlagen, Englisch) fördern zu können und bei abschlussorientierten Umschulungen Bürokratie abzubauen, gerade um nachholende duale Berufsausbildungen zu erleichtern. Eine Verlängerung von Transferzahlungen ist hingegen kontraproduktiv.

3) Wir wollen eine möglichst **unbürokratische Unterstützung für Bedürftige und Arbeitslose**. Dazu wollen wir mit dem Idealbild eines liberalen Bürgergeldes Schritt für Schritt möglichst viele Sozialleistungen zusammenfassen und stärker pauschalisieren – in einem ersten Schritt flächendeckend die Kosten der Unterkunft. Möglichst viele behördliche Leistungen sollen vor Ort an einer Stelle zu erhalten sein und müssen vereinfacht werden. Unser Ziel muss jedoch immer der Weg aus der Arbeitslosigkeit sein. Wir wollen **eine trittfeste Leiter in die finanzielle Eigenständigkeit bauen**:

- Nur wer den Einstieg in den Arbeitsmarkt (wieder) geschafft hat, kann auch aufsteigen und vorankommen. Deshalb verteidigen wir einen **flexiblen Arbeitsmarkt** und die Tarifautonomie und dürfen etwa die Zeitarbeit nicht weiter einschränken. Menschen, die es am Arbeitsmarkt schwer haben, gelingt so oder über eine Teilzeittätigkeit im Rahmen eines Mini- oder Midijobs oft der erste Schritt.
- Gerade für Menschen im Arbeitslosengeld II („Hartz IV-Aufstocker“) lohnt es sich heute jedoch kaum, mehr Stunden zu arbeiten und so mehr zu verdienen. Denn die **Zuverdienstregelungen** sind demo-

tivierend und werfen den Menschen Knüppel zwischen die Beine. Deshalb wollen wir diese reformieren. Es muss insbesondere attraktiver werden, vom Mini- in den Midijob zu wechseln und dort die Stundenzahl immer mehr auszuweiten. Das ist der zentrale gesetzgeberische Hebel beim Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit, den wir endlich ziehen müssen.

- Zudem sollten hierbei spezielle Regelungen für das Nachholen eines Berufsabschlusses gefunden werden, damit auch Menschen ohne berufliche Qualifikation die Chance haben, Helfertätigkeiten hinter sich zu lassen.
- Darüber hinaus müssen Kitas auch deshalb endlich flexibler und verlässlicher werden, damit gerade **Alleinerziehende** nicht mehr in so großer Zahl dauerhaft auf die Unterstützung der Solidargemeinschaft angewiesen sind.

4) Wir wollen für mehr **Zeitsouveränität** für jeden und jede. Deshalb wollen wir das Arbeitszeitgesetz flexibilisieren und die bisherige Grenze der täglichen Höchstarbeitszeit von 8 bzw. 10 Stunden sowie in den nicht sicherheitsrelevanten Bereichen die 11-stündige Ruhezeit aufheben. Stattdessen soll es eine maximale wöchentliche Höchstarbeitszeit von 48 Stunden geben, genau so wie es auch die Europäische Arbeitszeitrichtlinie vorsieht. Gesetzliche Regelungen und faktische Hürden für mobiles Arbeiten und Home Office, etwa veraltete Vorschriften der Arbeitsstättenverordnung oder nur noch aufgrund von Gewohnheit bestehende Präsenz- und Führungskulturen, müssen abgebaut werden.

5) Langzeitkonten (auch Wertguthaben- oder Zeitwertkonten genannt) könnten ein entscheidendes Element für mehr **Lebenslaufhoheit** sein, sie ermöglichen eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Weiterbildungspausen oder das zeitweise Aussetzen im Rahmen eines Sabbaticals. Wir wollen daher den Abbau bestehender Hürden im „Flexi II-Gesetz“, einen Rechtsanspruch auf steuer- und abgabenfreie Entgeltumwandlung, praktikable Mitnahmemöglichkeiten bei Wechsel der Beschäftigung und Vereinfachungen und Bürokratieabbau für die Unternehmen.

6) Die moderne Arbeitswelt ist vielfältig – und **Freelancer und andere Selbstständige** sind keine Erwerbstätigen zweiter Klasse, sondern haben sich selbst für die wirtschaftliche Eigenständigkeit entschieden. Die Politik muss diese daher auch nicht vor sich selbst schützen, sondern ihre **Selbstbestimmung ernst nehmen**. Daher sollten insbesondere Selbstständige mit hohen Einnahmen nicht länger extrem bürokratischen Überprüfungen aufgrund einer vermeintlichen Scheinselbstständigkeit unterzogen werden. In der gesetzlichen Krankenversicherung wollen wir die Beitragsbemessung für Selbstständige an den tatsächlichen Einnahmen orientieren – alles andere ist unfair.

7) Wir brauchen endlich eine **moderne Altersvorsorge**, die generationengerecht ist und auch zu Zick-Zack-Lebensläufen passt, indem sie einfache Wechsel zwischen Anstellung und Selbstständigkeit und Gründungen ermöglicht. Wir müssen die Rente in Zukunft als modularisierter Baukasten begreifen, in dem unterschiedliche Elemente aus dem gesamten Leben kombiniert und mitgenommen werden können. Da hierzu auch private Vorsorge gehört, sollte diese einfacher werden und künftig jeder gleich gefördert werden – egal ob angestellt oder selbstständig. Ein staatliches Onlineportal sollte jederzeit unkompliziert Transparenz über die Summe der eigenen Ansprüche schaffen. Wann man in Rente geht, sollte durch die Einführung eines flexiblen Renteneintrittsalters künftig jeder selbst entscheiden können. Je später, desto mehr Rente. Wer wie so viele nach Renteneintritt doch wieder arbeiten will, muss jederzeit die volle Freiheit dazu haben, Zuverdienstgrenzen wollen wir abschaffen.

8) Da wir in einer neuen industriellen Revolution stehen, brauchen wir auch eine **neue Gründerzeit**. Wenn wir mehr Unternehmertum wollen, müssen wir jedoch die Voraussetzungen verbessern: Weniger **Bürokratie**, ein besserer Zugang zu Kapital und eine gesellschaftliche Kultur, die **unternehmerischen Geist** fördert und Scheitern als Chance zum Wiederaufstehen begreift. Konkret wollen wir daher ein bürokratiefreies Jahr für Gründer schaffen – in der kritischen Start-Phase sollen Gründer sich ganz auf ihr Unternehmen konzentrieren können. Zudem sollten wir Anlagevorschriften so liberalisieren, dass auch die großen Kapital-sammelstellen 1% ihres Vermögens als Venture Capital anlegen können. Darüber hinaus müssen wir mit einem ordentlichen Schulfach Wirtschaft & Unternehmertum schon in der Schule Grundlagen legen.

9) Mit neuen Köpfen kommen neue Ideen. Seit Jahren ist daher ein **Einwanderungsgesetz** überfällig, das endlich klare Regeln schafft, klar zwischen humanitärem Schutz und dauerhafter Einwanderung unterscheidet und Deutschland als alternde Gesellschaft im globalen Wettbewerb um Talente mithalten lässt.

10) Die Bürgerinnen und Bürger haben die staatlichen Rekorderneuerung erwirtschaftet und kleine und mittlere Einkommen haben es daher verdient, bei **Steuern und Sozialabgaben** entlastet zu werden: durch eine dauerhafte Abstellen der kalten Progression, ein Auslaufen des Soli und eine Dynamisierung der Obergrenzen von Mini- und Midijob anhand der Lohnentwicklung. Das ist eine Frage der Fairness. Auch die **Vermögensbildung in der Mitte der Gesellschaft** ist in Deutschland im internationalen Vergleich gering – auch wenn man alle Sondereffekte herausrechnet. Wir wollen das ändern. Das Grundrecht auf Eigentum ist ein Kernbestandteil von Freiheit und liberalen Verfassungsstaaten – hierzu muss es auch die tatsächliche Möglichkeit geben. Zentraler Bestandteil hierfür ist gerade für junge Familien oft die selbstgenutzte Immobilie. Deren Erwerb wollen wir daher durch einen Freibetrag von 500.000 € bei der Grundwerbsteuer erleichtern. Zudem ist die Aktienkultur in Deutschland unterentwickelt. Hier wollen wir mit liberalisierten Anlagevorschriften bei der Altersvorsorge, deutlich höheren Freibeträgen für Sparer und einer Steuerfreiheit von Kursgewinnen nach einer angemessenen Spekulationsfrist gegensteuern.